



Schwerpunkt
Abstimmungen:
Erbschaftssteuer
Stipendieninitiative
Forschung am Menschen
Billag

Editorial

Wir bleiben am Ball!

Die kantonalen Wahlen sind vorbei, der erste Frust verarbeitet und die Analysen gemacht. Wir hätten uns ein anderes Resultat der Kantonsratswahlen erhofft. Schliesslich haben wir uns Grüne Luzern in den letzten vier Jahren gut positioniert, uns für ökologische und soziale Anliegen eingesetzt und viel geleistet. Unser Wahlkampf war lustvoll und ansprechend. Wir haben einen guten Drive entwickelt.

Die Kantonsratsfraktion wird ihre Arbeit in verkleinerter Formation aufnehmen und verabschiedet sich von Heidi Rebsamen und Nino Froelicher, die mit Weitsicht und Herzblut politisiert haben. Danke euch für euren Einsatz!

Uns Grüne braucht es nach diesem Wahlausgang in voller Stärke, die ökologischen Themen müssen weiterhin fleissig aufs Tapet gebracht werden – jetzt erst recht!

Denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Im Herbst finden die eidgenössischen Wahlen statt und wir wollen unseren Nationalratssitz verteidigen. Dazu braucht's das Engagement von jedem einzelnen: beim Mobilisieren, beim Verbreiten unserer Positionen, beim Lesebriefe Schreiben, beim Postkarten Verteilen und an vielen anderen

Orten mehr. Bist du dabei? Wir freuen uns über deine Unterstützung und deinen Beitrag.

Und natürlich stehen die Sachgeschäfte an: Soll eine Erbschaftssteuer bei Nachlässen über 2 Millionen Franken eingeführt werden? Soll das Stipendienwesen in der Schweiz harmonisiert werden? Sollen die Fernseh- und Radioempfangsgebühren reformiert werden? Soll die Präimplantationsdiagnostik unter bestimmten Bedingungen erlaubt werden? Diese Fragen hat die Stimmbevölkerung am 14. Juni 2015 zu beantworten. Texte in diesem Rundbrief befassen sich mit diesen Themen.

Ihr seht, es gibt viel zu tun. Und wir Grüne sind bereit, unsere Anliegen weiterhin kraftvoll zu vertreten – wir bleiben am Ball!



*Katharina Meile
Co-Präsidentin Grüne
Luzern*



Erbschaftssteuer

Entlastung der Einkommen und Stärkung der AHV

Die Volksinitiative zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer verdient ein Ja. Die Steuer ist einfach und gerecht, folgt liberalen Grundsätzen und hat bei Unternehmen die nötige Flexibilität.

Die Volksinitiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» erfasst nur grosse Vermögen von mehr als 2 Mio. Franken. Der Steuersatz ist mit 20 Prozent moderat. Betroffen wären 2 bis 3% der Erbschaften. Für die Vererbung von Gewerbebetrieben sind Freibeträge möglich, die Landwirtschaft ist von der Steuer befreit.

Stärkung der AHV

Bei Annahme der Initiative ist mit 3 Mrd. Franken an Ertrag zu rechnen: 1/3 Drittel für die Kantone, 2/3 für die AHV. Diese ist zentral für die Altersvorsorge, sie dient der gesamten Bevölkerung. 2 Mrd. Fr. sind ein substanzieller Beitrag und helfen mit, die



Finanzierung dieses wichtigsten Sozialwerks zu sichern. Die Finanzierung der AHV steht heute schon auf mehreren Beinen. Die zusätzliche Quelle stärkt die AHV und macht sie sicherer. Der Ertrag für die Kantone entlastet die Einkommen.

Entspricht liberalen Werten

Gegner sagen, das Vermögen sei bereits besteuert worden. Das ist so. Aber das ist im Steuerbereich Alltag, das gilt auch bei der Mehrwertsteuer, der Tabaksteuer usw. Die Erbschaftssteuer ist eine «Verkehrssteuer», nicht zu vergleichen mit Einkommens- und Vermögenssteuern. Den Erben wurde das Erbe vorher nie besteuert. Ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird höher, ohne vorgängig erbrachte eigene Leistung. Daher ist die Erbschaftssteuer aus liberaler Warte eine gerechte Steuer.

Föderalismus hat hier versagt

Bei der Erbschaftssteuer herrscht heute Wildwuchs. Der Steuerwettbewerb liess immer mehr Kantone die Erbschaftssteuer abschaffen oder minimieren, der Föderalismus hat versagt. Die Initiative ist die richtige Antwort, der Bund soll die Steuer neu organisieren. Abwanderungen gäbe es kaum («Volkswirtschaft» Nr. 3/2014, S. 49 f). Der Autor stützt sich auf Analysen in den USA und in der Schweiz.

Entlastung für den Mittelstand

97 bis 98% der Erben würden nicht besteuert, die Steuer trifft nur die Allerreichsten. Wer ein Einfamilienhaus oder eine normale Eigentumswohnung erbt, würde nicht erfasst, zumal wenn Hypotheken da sind. Der Mittelstand wird mit der Initiative nicht mehr belastet, sondern dank der zusätzlichen Erträge eindeutig weniger! Der Weiterführung von Betrieben legt die Initiative nichts in den Weg, dank Freibeträgen und Ermässigungen bleiben auch die Arbeitsplätze erhalten. Die Schweiz bliebe im internationalen Vergleich bei einer tiefen Gesamtsteuerbelastung.

Breite Unterstützung

Kritisiert wird, dass die Initiative bei der zu erbenenden Summe ansetzt. Klar hätte man auch bei der Zahl der Erben ansetzen oder eine Kombination versuchen können. Dann würde ihr einfach das vorgeworfen. Die Initiative erfährt grosse Unterstützung. Sie wurde von einem breit abgestützten Komitee lanciert und eingereicht, mit dabei auch die Grünen. Das Parlament lehnt sie leider ab, die Grünen stimmten aber geschlossen dafür!



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»

Parole:

JA

Forschung am Menschen

Verfassungsänderungsänderung zur PID

Mittels Präimplantationsdiagnostik (PID) wird ein im Reagenzglas erzeugter Embryo genetisch untersucht, bevor er in die Gebärmutter eingepflanzt wird. Heute werden in der Schweiz ca. 2000 Kinder nach einer künstlichen Befruchtung geboren (2% aller Geburten). Die PID ist verboten. Dies soll sich ändern. Daher muss in einem ersten Schritt die Bundesverfassung Art. 119 geändert werden. Denn dort steht, dass nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden dürfen, «als ihr sofort eingepflanzt werden können» (heutiger Wortlaut). Gemäss vorgeschlagener Formulierung dürfen so viele Embryonen entwickelt werden, «als für die medi-



zistisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind». Damit können neu bis zu 12 Embryonen ausserhalb des Mutterleibes entwickelt (heute nur drei) und mit genetischen Tests die «gesündesten» ausgelesen und dann eingepflanzt werden.

Gleichzeitig mit der Verfassungsänderung hat das Parlament daher bereits die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes beschlossen, in dem geregelt wird, in welchen Fällen PID zulässig ist. Erst nach Annahme der Verfassungsänderung ist ein Referendum gegen das Gesetz möglich, was bereits durch Behindertenverbände und EVP ange-

kündigt wurde. Viele Fragen wie die Selektion von Leben, dem Druck auf Menschen mit Behinderung und dem grossen Geschäft mit dem Kinderwunsch der 28 «Fruchtbarkeitskliniken» der Schweiz bleiben umstritten. Der Verfassungsartikel schafft dafür noch kein Präjudiz, nur die Möglichkeit. So stimmte die Grüne Fraktion zwar für die Verfassungsänderung, aber je zur Hälfte für und gegen die Revision, die Gesetzesänderung. Die Grünen Schweiz haben an ihrer Delegiertenversammlung vom 25.4.15 ebenfalls ein JA zur Verfassungsänderung beschlossen.



Maya Graf
Nationalrätin Grüne BL, Mitglied
Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturkommission

Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich

Parole:

JA

Natürlich Bio: Luzern, Meggen, St. Niklausen.



| | | |
|-------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| Bio-Metzgerei Moosmatt | Bio-Metzgerei Meggen | Bio-Hofladen Mättwil |
| Moosmattstr. 17, Luzern | Am Dorfplatz 1, Meggen | St. Niklausen / Luzern |
| Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 | Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 | Freitag 14-19 |
| Sa 8-16 durchgehend | Sa 8-16 durchgehend | Sa 8-13 durchgehend |





www.uelihof.ch

Stipendieninitiative, ein fairer Zugang zur Bildung.

Weil Ausbildung Zukunft schafft!

Finanzielle Probleme sind für 20% aller Studienabbrüche verantwortlich. Wie viele Personen aufgrund finanzieller Hürden erst gar nicht eine tertiäre Ausbildung beginnen, ist gar nicht bekannt. Dieser Zustand ist in einem Land wie der Schweiz nicht hinnehmbar, erst recht nicht, wenn Bildung doch unsere einzige Ressource sein soll.

Die Stipendieninitiative, über welche wir am 14. Juni abstimmen, möchte das heutige System der Ausbildungsfinanzierungen vereinfachen und verbessern.

Harmonisierung

Wer heute eine Fachhochschule, eine höhere Fachschule, eine Universität oder auch eine Meisterausbildung besuchen möchte, hat je nach Kanton bessere oder schlechtere Chancen, Stipendien oder Darlehen zu erhalten. Diese 26 unterschiedlichen Systeme kommen faktisch einem Glücksspiel gleich, denn ausschlaggebend ist nicht der eigene Wohnkanton oder der Kanton, in welchem die Ausbildung absolviert wird, sondern der Wohnkanton der Eltern. Und die Unterschiede sind

frappant: Ein durchschnittliches Stipendium im Kanton Waadt ist etwa doppelt so hoch wie im Kanton Neuenburg und die Chance, ein Stipendium zu erhalten, ist im Kanton Graubünden etwa dreimal so gross wie im Kanton Glarus.



Deshalb ist eine Harmonisierung des Stipendienwesens auf nationaler Ebene nötig und die einzige Möglichkeit, das Stipendienwesen schweizweit auf ein Niveau zu bringen, welches tatsächlich eine Chancengleichheit für alle ermöglichen kann.

Verbesserung

Nach wie vor ist die sozioökonomische Herkunft einer Person ausschlaggebend dafür, ob diese eine tertiäre Ausbildung antreten und auch beenden kann. Von einer gewünschten Chancengleichheit für alle, wie sie die Voraussetzung für einen liberalen Rechtsstaat ist, sind wir weit entfernt. Damit eine Ausbildung also allen geeigneten und interessierten Personen ermöglicht werden kann, benötigen wir ein Stipendiensystem, welches seinen Namen auch verdient. Die Initiative möchte, dass das Stipendienwesen – zusammen mit finanziellen

Beiträgen der Familie und eigener Erwerbsarbeit – einen minimalen Lebensstandard ermöglicht. Nur so ist eine tertiäre Ausbildung auch für Personen möglich, welche die ökonomischen Möglichkeiten nicht mit der Geburt erhalten haben.



Unterstützung

Bereits beim Sammeln wurde die Initiative, welche vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) lanciert wurde, von den Jungen Grünen und Grünen stark unterstützt. Nach dem erfolglosen Referendum gegen das kantonale Ausbildungsfinanzierungsgesetz, welches 2014 von den Grünen und Jungen Grünen sowie der JUSO und dem Luzerner Gewerkschaftsbund ergriffen wurde, ist ein JA bei der Stipendieninitiative die Möglichkeit, doch noch ein faires und gutes Stipendienwesen zu erhalten. Dafür braucht es die Unterstützung aller Rundbrieflesenden, ob durch Schreiben von LeserInnenbriefen, dem Gespräch mit Bekannten oder dem Mithelfen bei Aktionen. Für diese Unterstützung danke ich.



*Timo Krebs
Mitglied Initiativkomitee
ehem. Co-Präsident Junge Grüne Luzern*

Volksinitiative «Stipendieninitiative»

Parole:

JA

Abstimmung zur Billag

Demokratie braucht Qualitätsjournalismus

Der Gewerbeverband gehört seit Jahrzehnten zu den Gegnern der öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien. Nun führt er eine Angstkampagne gegen die Neuordnung der Billag-Abgaben.

Der Gewerbeverband hat das Referendum ergriffen gegen eine Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG. Angriffsziel ist die neue Gebührenordnung. Eine allgemeine Abgabe soll die bisherige geräteabhängige Empfangsgebühr ersetzen. Neu sollen – im Grundsatz – alle Haushalte und Un-



ternehmen für den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen bezahlen müssen. Diese Regelung ist nachvollziehbar, sie ist eine Folge der technischen Entwicklung. Der Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen ist heute über viele Kanäle möglich.

In Zukunft werden mehr Betriebe und Personen als bis anhin eine Abgabe bezahlen müssen, doch die Einnahmen der SRG sollen nicht ansteigen. Dies führt zwingend zu einer Senkung der Billag-Gebühr für private Haushalte von heute 462 auf rund 400 Franken und zu einer Senkung der Gebühr für Unternehmen. Dazu kommt: Heimbewohner, AHV-Bezüger, Personen ohne Computer, Smartphones, Radio oder TV zahlen auch in Zukunft keine Gebühr. Haushalte ohne Radio- oder Fernseh-Empfangsgerät werden während fünf Jahren die Möglichkeit haben, sich von der Abgabe zu befreien («Opting out»). Der Grossteil der Schweizer Unternehmen, nämlich jene mit einem Umsatz unter

einer halben Million Franken, ist ebenfalls von der Billag-Abgabe befreit. Der Gewerbeverband macht eine Angstkampagne. Die Behauptung, die Gebühr werde auf 1000 Franken steigen, ist Unsinn und pure Abstimmungspropaganda.

Demokratie braucht qualitätsorientierten Journalismus. Die privatfinanzierten Medien erfüllen diesen Auftrag zunehmend schlechter. Dies ist einerseits eine Folge der ‚Verblocherung‘ der Medien (Weltwoche, Basler Zeitung), andererseits eine Folge des Wegfalls der Inserateinnahmen bei den Print-Medien und den darauffolgenden Kürzungen bei den Redaktionsbudgets. Weder Privat-TV-Sender noch Privat-Radio-Stationen tragen wesentlich zu staatspolitisch notwendigen Diskussionen bei, obwohl sie bereits seit Jahren auch rund 4 Prozent aller Gebühren erhalten. Neu sollen es gar rund 6 Prozent werden, obwohl die meisten konzessionierten Privatsender Teil eines regionalen Medienkonzerns sind. Medienvielfalt gewährleisten sie auf jeden Fall nur beschränkt. Die Schweiz braucht folglich ein gebührenfinanziertes Grundangebot an öffentlich-rechtlichen Radio- und TV-Dienstleistungen, in allen Landesteilen. Das kostet – wegen der vier Landessprachen – mehr als in anderen Ländern. Ein JA zur Teilrevision des RTVG-Gesetzes ist ein Beitrag für die Medienqualität.



Hans Stutz
Kantonsrat Grüne
Luzern

Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen

Parole:

JA

biologisch bauen – gesund wohnen

BAUBEGLEITUNG

CHRISTOF STUDHALTER

- Beratung und Begleitung beim Um-Bauen mit Naturmaterialien
- Schimmelsanierung, Trockenlegung
- Organisation Liegenschaftsunterhalt

Baubiologe FA, Schreiner · Bahnhofstrasse 14 · 6102 Malters · 041 497 36 35 · www.diebaubegleitung.ch



Landwirtschaft

Neue Agrarpolitik

Ein Verfassungsartikel soll laut Bundesrat Ernährungssicherheit definieren sowie Unternehmertum und Produktion in der Landwirtschaft betonen. Das ist unnötig und schwächt die neue Agrarpolitik.

Die Landwirtschaftspolitik kennt einen vielseitigen Leistungsauftrag. Er verlangt gesunde und gute Lebensmittel, eine sichere Versorgung und eine sozial, ökologisch und ökonomisch verträgliche Produktion. Auch sind Ressourcen zu schonen und die Berggebiete müssen sich entwickeln können.

Die Agrarpolitik 14 – 17, unterstützt von den Grünen, arbeitet in diese Richtung. Sie ist zum Teil umstritten und spaltete die Bauern. Eine Volksinitiative des Schweizer Bauernverbands (SBV) schaffte internen Frieden. Sie bestätigt, was Bundesverfassung, Landwirtschafts- und Raumplanungsgesetz schon enthalten. Neu spricht sie «Ernährungssicherheit» an. Der Bundesrat will einen Gegenvorschlag dazu, doch dieser würde vor allem die neue Agrarpolitik relativieren.



Die neue Agrarpolitik setzt auf ein weiterentwickeltes Direktzahlungssystem. Tierbeiträge sind abgeschafft. Das dient Mensch, Tier und Natur, aber auch der Berglandwirtschaft und dem Tourismus. Neu werden Landschaftsqualität, Biodiversität und bestimmte Produktionssysteme sowie die Schonung von Ressourcen mit Zahlungen gefördert. Allerdings fließen nur 20 Prozent der Direktzahlungen dahin, der Grossteil wird für weniger präzise Umschriebenes ausbezahlt.

Trotzdem entzündete sich gerade daran politischer Widerstand, es wird ein Gegensatz zwischen «produzierender Landwirtschaft» und Erfüllung des Verfassungsauftrags behauptet. Das halte ich für

konstruiert. Rund 85 Prozent der Direktzahlungen haben einen direkten Bezug zur Produktion, über 70 Prozent sehr eng. Die Ökozahlungen überwiegen nicht – leider! Die Schweizer Landwirtschaft produzierte noch nie mehr Kalorien als heute.

Hingegen verdient Kritik, dass Anreize zum Biolandbau fehlen, nur 1 Prozent der Produktionsbeiträge ist dafür gedacht. Vermisst werden auch verbindliche Umweltziele im Gesetz. Die Landwirtschaft müsste substantiellere Beiträge an die Klimapolitik und zur Schonung von Luft, Boden und Wasser leisten – Stichwörter sind Stickstoff, Phosphor, Pestizide. Im Sozialen stört die schwache Stellung der Bäuerinnen und Landfrauen. Ein Problem sind zudem die Arbeitsbedingungen im Agrarsektor und die Einkommen vieler Bauern sind wie die ihrer Angestellten zu tief.



Die Analyse zeigt: Die Initiative des SBV braucht keinen Gegenvorschlag, trotzdem will der Bundesrat einen. Er ortet Defizite bei den Bauern als Unternehmer und hält den Finger auf die Produktion; bei der Definition von Ernährungssicherheit aber bleibt er schwammig.

Richtig ist, das neue System der Direktzahlungen zu konsolidieren. Richtig ist, die sozialen und ökologischen Fragen im Agrarbereich anzupacken. Und richtig ist, die Importe von Nahrungs- und Futtermitteln den gleichen Standards zu unterstellen wie die Produktion in der Schweiz. Genau das will die Fair-Food-Initiative der Grünen. Sie hält den Finger auf die wunden Punkte, an ihr führt bei der Ernährungssicherheit kein Weg vorbei.

Der Gegenvorschlag des Bundesrats zur SBV-Initiative ist unnötig und geht in die falsche Richtung. Die Überbetonung des Unternehmerischen begünstigt den künstlichen Gegensatz von Produktion und Ökologie für eine Agrarpolitik, die noch weniger Rücksicht auf Umwelt und Soziales nähme. Das schwächt die aktuelle Politik. Diese baut auf den Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und sozialeren Verhältnissen. Das gilt es zu stärken.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Wahlen

Rückblick und Ausblick

Michael Töngi kandidierte für den Regierungsrat und nicht weniger als 81 Frauen und Männer für den Kantonsrat. Sie alle gaben den Grünen ihr Gesicht, setzten sich für grüne Anliegen ein und motivierten ihr Umfeld zum Wählen. Hinzu kamen 40 aktive Junge Grüne, die auf eigenen Listen kandidierten.

Unser Auftritt im Wahlkampf war motivierend, lustvoll und frisch, insbesondere die Standaktionen mit dem Ping-Pong-Tisch und die Velotouren mit dem grossen Schläger. Doch wir setzten uns auch mit den Themen auseinander, auf einer Vielzahl von Podien und im Internet erklärten unsere Kandidierenden die Standpunkte der Grünen. Junge und ältere Grüne haben sich auf vielfältige Weise engagiert. Dafür sei allen nochmals ganz herzlich gedankt.

Insgesamt kamen Michael und die Kandidierenden ins Gespräch mit vielen Wählerinnen und Wählern. Im Wahlkampf haben wir viel Schwung entwickelt. Leider war der 29. März für uns jedoch kein Freudentag. Bereits am frühen Nachmittag zeichnete sich ab, dass 2015 weniger Listenstimmen für die Grünen abgegeben wurden als 2011 und 2007. Die detaillierte Auszählung bestätigte das, wir verloren je ein Mandat in den Wahlkreisen Luzern-Stadt und Luzern-Land. Dadurch verpassten Heidi Rebsamen und Nino Froelicher die Wiederwahl – zwei verdiente Mitglieder unserer Fraktion im Kantonsrat, die in der letzten Legislatur sehr gute Arbeit geleistet hat, wie Vertreter der Medienschaffenden und auch von anderen Parteien mehrfach bestätigten.

Worin liegen die Gründe der Niederlage? Eine Antwort drängt sich auf: Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar rückten sozial- und wirtschaftspolitische Themen vermehrt in den medialen Fokus und verdrängten ökologische Fragen. Die haushohe Ablehnung der Energiesteuer-Initiative war schon ein Fingerzeig in diese Richtung. Die Grünen verloren einige Stimmen an die SP. Vor allem aber zählten die rechtsbürgerlichen Parteien zu den Gewinnern, der Kantonsrat rückt nach rechts.

Der Einbruch in der Wählergunst scheint einem Megatrend zu folgen – die Grünen verloren bei mehreren kantonalen Wahlen, zuletzt auch in Baselland und in Zürich. Doch ich bin sicher, dass wir als Partei keineswegs kurz vor dem Verschwinden stehen. Die langjährig Aktiven in unserer Bewegung erlebten in den 1990er-Jahren eine ähnliche Situation. Damals wurden die Grünen bereits von vielen totgesagt, bevor sie im neuen Jahr-

tausend wieder zahlreiche Wahlerfolge feierten. Es freut mich sehr, dass altgediente Politfuchse sich spontan anerbieten haben, uns zu helfen, um möglichst rasch zurück zu neuer Stärke zu finden. Dabei wollen wir den in diesem Wahlkampf entwickelten Schwung in die folgenden Auseinandersetzungen mitnehmen.

Wir werden in diesem Herbst mit einer starken Nationalratsliste und einer Ständeratskandidatur antreten. Es gilt unseren Einfluss in Bern zu verteidigen. Denn die Grünen braucht es nach wie vor. Ohne Grüne gibt es keine richtige Energiewende, die unbedingt auch zu einem baldigen Abschaltdatum der ältesten Atomreaktoren der Welt führen muss. Ohne Grüne werden mehr Strassen gebaut und wird die Landschaft noch mehr zersiedelt. Wir setzen uns weiterhin konsequent ein für intakte Lebensgrundlagen für Mensch und Natur. Das wollen wir im Wahlkampf erneut in Erinnerung rufen. Wer will, dass die Umwelt in der Politik ernst genommen wird und «Nachhaltigkeit» nicht zur blossen Propagandafloskel verkommt, kann sich über einen Wahlsieg von FDP und SVP nicht freuen. Wer starke Grüne will, muss am 18. Oktober die Grünen wählen.

Bei Redaktionsschluss war noch offen, wie der zweite Wahlgang am 10. Mai ausging. Es ist zu hoffen, dass wenigstens der Regierungsrat nicht vollends nach rechts rückte und Luzern nicht mit der schweizweit einzigen Männerregierung Schlagzeilen macht. So oder so zeigt die Situation, dass wir weiter engagiert einstehen müssen, sonst werden selbst alle bisherigen Erfolge gefährdet. Für die Umwelt, für den Frieden, für gleiche Rechte für Mann und Frau, für neue Partnerschaftsmodelle – für eine lebenswerte Zukunft braucht es uns Grüne.



Raffael Fischer
Co-Präsident Grüne
Willisau



Katharina Meile
Co-Präsidentin Grüne
Luzern

Luzerner Sozialpolitik

Im strammen Rechtsschritt

In den Januar-/Märzsessionen 2015 hat der Kantonsrat zwei sozialpolitische Vorlagen beraten. In der einen ging es um die Neufassung des Sozialhilfegesetzes, in der anderen um unsere Kantonale Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen», die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien einführen will. Das Resultat der Beratung: In diesem Kanton stehen Sozialhilfebezüger fortan unter Generalverdacht und für die Verbesserung der Lebenssituation einkommensschwacher Familien fehlt das Geld.

Das neue Sozialhilfegesetz verspricht ein «zielgerichtetes und zeitgemässes» Sozialhilfegesetz zu sein. Wenn man zum Ziel hat, alle Sozialhilfebeziehenden unter den Generalverdacht des Sozialhilfemissbrauchs zu stellen, so löst es das Versprechen wahrlich ein. Wenn man ein «zeitgemässes» Sozialhilfegesetz will, sich aber bei der Gesetzgebung primär nach dem «Zeitgeist» ausrichtet, so landet man dort, wo das neue Luzerner Sozialhilfegesetz aus der Sicht der Grünen anzusiedeln ist: im Scheinwerferlicht all jener, die aus den Einzelfällen des missbräuchlichen Sozialhilfebezugs die Volksseele hochkochen und daraus ihr politisches und mediales Kapital schlagen. Selbstverständlich sind Sozialhilfegelder zweckdienlich und sorgfältig einzusetzen. Das heisst aber nicht, den Sozialhilfemissbrauch quasi zum Regelfall zu erklären und entsprechend normierende Bestimmungen einzuführen. Die zunehmende Restriktion und die Senkung des Grundbedarfs wird die Situation der Sozialhilfebeziehenden verschärfen. Die Verschlechterungen im Bereich Asyl werden ein Weniger an Integration und eine Kostenverschiebung zulasten der Gemeinden verursachen. Die Aufhebung der Persönlichkeitsrechte widerspricht den Grundsätzen des Liberalismus. Die Ablehnung unserer Initiative für Ergänzungsleistungen für armutsbetroffene Familien zeigt: die Luzerner Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, statt Armut die Armen zu bekämpfen. Wir Grünen erachten dies als falsche Strategie und bekämpften das Gesetz mit einer Reihe von Anträgen.

Unsere kantonale Initiative «Kinder fördern – Eltern stützen» geht davon aus, dass im Kanton Luzern viele Kinder in einkommensschwachen Familien leben, viele davon betreut von alleinerziehenden Frauen. Wie der Regierungsrat lehnte auch die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates die Initiative ab. Es war ein armseliges Schauspiel, das die vier bürgerlichen Parteien im Luzerner Kantonsrat dabei boten. Sie konnten zwar die Existenz von Familienarmut nicht bestreiten. Sie fanden auch gute Worte für den Inhalt der Initiative. Sie forderten aber einerseits eine «Bundeslösung», im

Wissen darum, dass eine solche Lösung in den kommenden Jahren nicht zu erwarten ist. Andererseits verwiesen sie auf die Kosten, die weder vom Kanton noch von den Gemeinden getragen werden könnten.

Nur die Sozialdemokratische Fraktion unterstützte die Initiative der Grünen. CVP, SVP, FDP und Grünliberale lehnten diese kleine soziale Verbesserung ohne Ausnahme ab. Die Grünen werden sich weiter für Chancengleichheit einsetzen: Die Stimmentenden des Kantons werden es in der kommenden Volksabstimmung (Termin noch offen) in der Hand haben, für bessere Startbedingungen für Kinder von einkommensschwachen Familien zu sorgen.



*Christina Reusser
Kantonsrätin Grüne
Ebikon*

natur-farben.ch
kurt unternäher
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Verkehrspolitik

Parkhaus Musegg führt zu grossen Problemen

Der Stadtrat lehnt die Zwischennutzung des Grundstückes Mattenhof 2 als Carparkplatz ab und setzt lieber auf das Luftschloss Musegg. Die hauchdünne Ablehnung der Volksmotion zum Parkhaus Musegg im Grossen Stadtrat hat aber gezeigt, wie gross der Widerstand gegen dieses Projekt ist. Die städtischen Grünen fühlen sich damit in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt. Aus folgenden fünf Gründen sind sie gegen ein Parkhaus Musegg.

1. Carparkplatz-Problem nicht mal zur Hälfte gelöst

Die Initiantinnen und Initianten des Parkhauses Musegg betonen immer wieder, dass sie mit ihrem Projekt das Carproblem lösen werden. Dies betrifft aber nur die Cars am Schwanenplatz – und auch da nur einen Teil der heutigen Cars. Das Gutachten im Zusammenhang mit der provisorischen Lösung der Stadt zeigt, dass es besonders in den späten Nachmittags- und Abendstunden dafür viel mehr als 35 Carplätze bräuchte. Das Problem mit den Carparkplätzen am Löwenplatz bleibt ebenso bestehen wie jenes im Inseli, Landenberg etc. Somit werden sich weiterhin eine Grosszahl an Cars durch die Strassen Luzerns quetschen. Als Alternative könnten heute schon auf dem Kiesplatz Mattenhof 2 sämtliche Cars parkiert und die Touristinnen und Touristen mit der S-Bahn an den Bahnhof Luzern transportiert werden. Anfangs Oktober 2014 forder-

ten Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der Grünen/Jungen Grünen-Fraktion genau dies mittels Postulat. Diese Lösung wäre kostengünstig, rasch realisierbar und birgt kaum Risiken. Leider lehnt der Stadtrat die Motion nun aber ab. Damit setzt er lieber auf das Luftschloss «Parkhaus Musegg», als auf eine praktikable Lösung.

2. Unrealistische Kompensation von Parkplätzen

700 neue kostenpflichtige Parkplätze sollen im Hügel unter der Musegg neu gebaut werden, um das Projekt zu finanzieren. Der Stadtrat verlangt dafür eine Kompensation von 300–600 Parkplätzen in der Innenstadt. In der Vergangenheit gab es bei jeder Parkplatzaufhebung in der Stadt grossen Widerstand. Spätestens wenn es um die Frage gehen wird, welche Parkplätze für die Kompensation aufgehoben werden sollen, wird die Einigkeit vorbei sein. Keine Liegenschaftsbesitzerin und kein Unternehmen werden einwilligen, die Parkplätze direkt vor dem eigenen Haus oder Laden aufzuheben. 300–600 Parkplätze sind eine grosse Zahl; im Hirschmattquartier würde dies beispielsweise eine Halbierung der gesamten aktuellen Parkplätze bedeuten. Dass die Stadt Luzern dadurch eine grosse Summe Geld aus der Parkplatzbewirtschaftung verliert, wird bisher ebenfalls verschwiegen. Auch auf die heute teils schlechte Auslastung der bestehenden Parkhäuser, z.B. am Kasernenplatz, sei hier hingewiesen. Die Autofahrerinnen und



Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

 **patrick**
STEINER



Die Idee von Ihnen
Das Holz aus der Region
Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch



-fahrer bevorzugen Parkplätze gegenüber einem Parkhaus leider nach wie vor.

3. Projekt ist nicht quartierverträglich

Der Widerstand aus dem direkt betroffenen Quartier ist vehement und engagiert. Innert kürzester Zeit haben die Initiantinnen und Initianten über 2000 Unterschriften für die Volksmotion gesammelt. Diese Menschen sind direkt von den negativen Folgen des Parkhauses betroffen, verursacht doch die geplante Einfahrt beim Nölliturm, unabhängig der genauen Ausgestaltung, viel Mehrverkehr. Die negativen Auswirkungen dieses Projekts betreffen aber noch viel weitere Kreise. Das Basel-Bernstrasse-Quartier war lange Zeit eine unattraktive Gegend. Es ist eines der Quartiere mit den meisten Kindern in dieser Stadt. Seit Jahren investiert die Stadt viel Geld, um diesen Stadtteil aufzuwerten. Das Parkhaus Musegg würde das Babel-Quartier mit viel Mehrverkehr, Lärm und Feinstaub belasten, was nicht akzeptiert werden kann. Zudem ist der Kasernenplatz heute schon ein hässlicher, vom Autoverkehr dominierter Einschnitt im Quartier. Mit dem Parkhaus Musegg würde der Kasernenplatz definitiv als Verkehrsmoloch zementiert.

4. Nicht mit Mobilitätsreglement vereinbar

Das geplante Projekt wird zwangsläufig zu Mehrverkehr führen und ist darum nicht mit dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität kompatibel. Dies ist jedoch zwingend, da das Luzerner Stimmvolk dieses in einer Abstimmung 2010 angenommen hat und als kommunales Gesetz rechtskräftig ist. Selbst wenn die 700 neuen Parkplätze im Parkhaus Musegg 1:1 kompensiert

würden (der Stadtrat fordert nur 300-600), wird die Verkehrsbelastung zunehmen. Das Ziel des Mobilitätsreglements, den Mehrverkehr durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr abzuwickeln, würde damit nicht erreicht.

5. Ökologischer und raumplanerischer Rückschritt

Das Parkhaus Musegg ist ein Projekt, welches erstmals in den späten 70er-Jahren entstanden ist. Es fand damals schon keine Mehrheit, 1980 lehnten die Stadtluzerner Stimmberechtigten ein unterirdisches Parkhaus im Musegg-Hügel mit 16'300 Nein-gegen 4'900 Ja-Stimmen deutlich ab. Das Projekt verschwand in der Folge rasch im Archiv des Ingenieurbüros. Mehr als 30 Jahre später wurde die verstaubte Schachtel wieder ausgegraben und soll nun doch noch zur Ausführung kommen. Die Idee eines Parkhauses Musegg wurde fast 1:1 wieder aufgewärmt, während sich die Welt und mit ihr auch ökologische und raumplanerische Anforderungen während diesen fast 40 Jahren komplett verändert haben. Im Jahr 2015 die Anfahrt mit dem Auto direkt in die Innenstadt noch attraktiver zu gestalten, ist jenseits von Gut und Böse. Das Ziel muss sein, den Verkehr auf die Verkehrsträger ÖV und Velo zu verlagern, welche ökologisch und platzsparend sind. Damit kann der bestehende Verkehrsraum effizient und durch möglichst viele Leute genutzt werden.



Marco Müller
Präsident Grüne Stadt
Luzern

Initiative: Zersiedelung stoppen

Gemeinsame Wohnräume schaffen

Am 22. April startete die Unterschriftensammlung für die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen Schweiz. Es geht dabei nicht nur um den Schutz von Grünflächen, die Initiative will nichts weniger als eine neue Wohnkultur in der Schweiz etablieren. Das Anliegen bietet im Gegensatz zur SVP eine glaubwürdige Vision, wie wir in Zukunft in diesem Land zusammenleben können: Ohne Wachstumshysterie und fremdendfeindliche Parolen.

Landverbrauch. Auch der Bund hat mit der Publikation «Nachhaltige Quartiere» auf die Thematik reagiert.

Dass ein solches Leben längst keine Utopie mehr ist, zeigen verschiedene bereits realisierte Projekte wie beispielsweise das Mehr-Generationen-Haus am Eulachpark in Winterthur, die Quartiere Hunziker-Areal, Manegg und die Siedlung Sihlbogen in Zürich oder Siedlung Jonction – Artamis in Genf.



Alle 45 Minuten wird ein Einfamilienhaus gebaut. 15 Fussballfelder an Grünfläche fallen täglich der unkoordinierten Zubetonierung der Schweiz zum Opfer. Die Zersiedelung schreitet ungebremst voran, denn auch im neuen Raumplanungsgesetz fehlen griffige Massnahmen. In den letzten 50 Jahren wurde in der Schweiz eben so viel Fläche für Siedlungszwecke beansprucht wie seit der Sesshaftwerdung der Menschen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Oder anders ausgedrückt: Die Zersiedelung hat zwischen 1935 und 2002 um 155% zugenommen, wobei die Wohnbevölkerung in der gleichen Zeit nur um 76% Prozent gewachsen ist. Die Zersiedelung führt zudem zu massivem Mehrverkehr und leblosen Schlafstädten in der Agglomeration und auf dem Land. Die sozialen und ökologischen Folgen der Zersiedelung sind gravierend. Es braucht einen neuen Lebensentwurf.

Qualitative Verdichtung nach Innen statt Abschottung nach aussen

Deshalb fordert die Initiative nicht nur einen Einzonungsstopp und folgerichtig verdichtetes Bauen, sondern sie ermöglicht auch ein modernes, gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten. Die Vision sind nachhaltige Quartiere. So beschreibt der Verein «Neustart Schweiz» in seiner Broschüre «Nachbarschaften entwickeln» urbane Räume mit rund 500 EinwohnerInnen, lokalem Zentrum, grosszügigem Grünraum und trotzdem sehr geringem

Eine Vision, die deine Unterstützung braucht

Dass eine solche Initiative viel Kraft und Energie braucht, ist klar: In den nächsten 18 Monaten braucht es vollen Einsatz vonseiten der InitiantInnen. Die Initiative wird neben den Jungen Grünen und den Grünen auch von den JungsozialistInnen und dem Verein «Neustart Schweiz» getragen.

Das Komitee ist auf jede Unterschrift angewiesen. Den Unterschriftenbogen findest du entweder online auf www.zersiedelung-stoppen.ch oder im Sekretariat der Grünen Luzern. Sobald ein Bogen voll ist, kannst du ihn ins Sekretariat schicken. Wir Jungen Grünen danken dir!



*Irina Studhalter
Junge Grüne
Malters*

Grüne persönlich

Portrait Michèle Bucher

Michèle Bucher kommt aus Luzern-Stadt und ist ursprünglich im Quartier Maihof aufgewachsen. Nach der Primarschule ging sie auf das Gymnasium und absolvierte dort den Matura-Typus B. Sie war eine der letzten Schülerinnen, die noch ihre Erfahrungen mit diesem älteren System gemacht haben, bevor auf der gymnasialen Stufe die sogenannten Schwerpunktfächer eingeführt wurden.

Als Teenager wollte sie eigentlich lange Zeit Geschichte studieren. Nach der Matura machte sie ein Zwischenjahr, in dem sie unter anderem Sekretariatsarbeiten in einer Anwaltskanzlei erledigte. Diese Tätigkeit gefiel ihr so gut, dass sie sich entschloss, Jura zu studieren.



Nach Abschluss eines Anwaltspraktikums und einem längeren Praktikum bei der Sozialversicherungsrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts arbeitet Michèle nun seit vier Jahren als juristische Mitarbeiterin beim Rechts- und Parlamentsdienst des Kantons Nidwalden.

Michèle hatte schon während ihrer Schulzeit das Bedürfnis, sich politisch zu engagieren. Freunde ermunterten sie, sich einer Partei anzuschliessen, weil sie auf diese Weise mehr bewirken könne.

Noch vor dem 20. Geburtstag ist Michèle den Grünen beigetreten. Mit den grünen Werten kann sie sich am besten identifizieren. Von 2007 bis 2011 war sie bereits ein erstes Mal Mitglied des Vorstands der städtischen Grünen.

Bei den Kantonsratswahlen 2011 belegte Michèle im Wahlkreis Stadt Luzern überraschend den ersten Nachrückplatz. Als Alain Greter im Juni 2013 als Kantonsrat zurücktrat, eröffnete sich Michèle die Möglichkeit, ins Parlament nachzurücken. Als Insiderin weiss Michèle zu berichten, dass es relativ lange dauere, bis man als Neueinsteiger begreife, wie die Mechanismen innerhalb des Kantonsrats genau funktionierten. Weiter sei es immer ein Lichtblick, wenn man sich über eine gewonnene Abstimmung freuen könne.

Als Mutter von drei Mädchen im Alter von zwei, acht und zehn Jahren setzt sich Michèle unter anderem dafür ein, dass Familien unterstützt werden sollen und Kinder auch ausserhalb der Unterrichtszeiten betreut werden können. Zur Kinderbetreuung gibt es die KITAS, die staatlich subventioniert werden. In diesem Sinne merkt Michèle an, dass die Voraussetzungen, berufstätige Eltern zu entlasten, zwar gut sind, aber noch nicht perfekt.

Michèles Lebenspartner ist Spanier und hat in Madrid Luft- und Raumfahrtswissenschaften studiert. Heute arbeitet er in der Schweiz als Luftfahrtingenieur und Pilot.

Wenn Michèle gerade beruflich und politisch nicht aktiv ist, spaziert und kocht sie gerne. Eine Lektüre, die Michèle vor Jahren sehr beeindruckt hat, ist der Roman «Ananda» von Federica de Cesco, in dem es um einen heiligen Berg in Tibet geht. Michèle war fasziniert von der Schilderung des fremden Kulturkreises sowie von der im Buch beschriebenen Landschaft.



Fabio Banz
Grüne
Menznau

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Verabschiedung

Heidi Rebsamen und Nino Froelicher

So stellte ich mir den Einstieg als Fraktionspräsidentin nicht vor. Es schmerzt, dass ich gleich zwei profilierte grüne KantonsrätInnen verabschieden muss. Heidi Rebsamen und Nino Froelicher sind die Leidtragenden des Trends weg von einer verantwortungsvollen Politik, welche eine solidarische und umweltbewusste Politik zu Gunsten Aller auf dieser einen Welt verfolgt, hin zu einer Politik, bei der es in erster Linie um den eigenen Sack geht.



Heidi Rebsamen wurde im Frühling 2007 in den Kantonsrat gewählt. Diese Wahlen bescherten uns gleich 3 zusätzliche Sitze. Dies im Nachgang an die Veröffentlichung des UNO-Weltklimaberichtes. Die Grünen haben dieses Thema jahrelang bewirtschaftet, Zusammenhänge aufgezeigt, gewarnt, Änderungen gefordert und konnten im 2007 feiern. Heidi ist eine der engagierten Personen, welche die Grünen über all die Jahre in vielen verschiedenen Positionen immer wieder unterstützte. Sie war nicht nur aktiv bei uns in Luzern, sondern hat ein sehr gutes und starkes Netzwerk auf nationaler und internationaler Ebene bei der grünen und sozialen Bewegung. Neidisch machte sie uns mit ihren Kontakten zur Heinrich-Böll-Stiftung, welche die Grüne Partei in Deutschland bei ihrer Politik unterstützt. Als MilizparlamentarierInnen wären wir sehr froh, um eine stärkere inhaltliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Anträgen und Vorstössen. Deshalb schlug sie auch im Rahmen der Revision des Kantonsratsgesetzes einen unabhängigen Parlamentsdienst vor. Leider haben wir auch diese Abstimmung haushoch verloren.

Heidi war in den acht Jahren unsere Vertretung in der Finanzkommission. Aus diesem Blickwinkel sind auch viele ihrer Vorstösse entstanden. Einer der wichtigeren war derjenige zur Pauschalbesteuerung. Sie ist die Mutter unserer daraus entstandenen erfolgreichen grünen Initiative. Diese

ging zwar knapp verloren, aber bewirkte einen Gegenvorschlag, welcher eine Mehrheit im Volk fand. Auch hat sie die schwarze Liste der Sparmassnahmen des Kantons erarbeitet, die sich für unsere weitere Arbeit als sehr wichtig erwiesen hat unter anderem als Instrument für die Argumentation gegen die «erfolgreiche Steuerstrategie» des Kantons. Sie formulierte aber auch provokative Vorstösse, wie zum Beispiel den Verkauf der CKW-Aktien zu Gunsten von Investitionen in erneuerbare Energien. Heidi war aber auch verantwortlich für die Vorstossapakete zu Lohngerechtigkeit, zur Vertretung der Frauen in Kaderpositionen und zu einer geschlechtergerechten Budgetpolitik. Und kürzlich forderte sie die Anerkennung von zusätzlichen Religionsgemeinschaften. Heidi getraute sich Geschäfte auf den Tisch zu bringen, bei denen die Grünen ihr Profil um wichtige inhaltliche Positionen schärfen konnten.

Nino Froelicher rutschte für Louis im Frühling 2006 in den Kantonsrat nach. Bis 2011 war er Mitglied der Erziehungs-, Bildungs- und Kulturkommission und in den letzten vier Jahren in der Kommission für Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit. Als Adrian Borgula 2009 das Präsidium des Kantonsrates übernahm, wählten wir Nino zum Fraktionspräsidenten. Dieses Amt übte er bis Ende 2014 aus und kämpfte engagiert für unsere Anliegen im Rat. Als kleine Fraktion konnten wir uns so in der Geschäftsleitung entsprechend Gehör verschaffen, unter anderem wenn es um die Besetzung von RichterInnenstellen ging.

Unsere Kulturpolitik verantwortete Nino entscheidend mit. Im Mai 2010 reichte er eine Motion ein, welche einen Planungsbericht für eine Kulturförderungsstrategie forderte. Es ging um die Salle Modulable, welche Luzern «geschenkt werden sollte». Niemand getraute sich gegen das Sprichwort «einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul» aufzulehnen. Die Forderung nach dem Planungsbericht war schon auf dem Tisch, bevor die Stiftung nach dem Tod des Stifters seine Zusage zurückgezogen hat. Dieser Vorstoss führte dazu, dass nicht nur im Kanton eine Strategie erarbeitet wurde, sondern auch die Stadt mit ihrer Kulturagenda nachzog. Damit rückte der Inhalt und nicht die Infrastruktur an die erste Stelle.

Pointiert äusserte sich Nino auch zur Schlachtfeier von Sempach. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass nach den Querelen rund um den Umzug eine neue Form der Erinnerung erarbeitet wurde. Ihm war es wichtig, dass reflektiert über die Geschichte der Schweiz nachgedacht und nicht nur zelebriert wird. Eine Daueraufgabe für uns als



Mahner gegen den Heroismus und die Einseitigkeit.

Nino wird uns vor allem auch als brillanter Redner fehlen. Nach heftigen, oft nerventötenden Debatten konntest du schnell die wichtigsten Punkte unserer Seite zusammenfassen und als analytische

Antwort gegenüber den anderen vortragen. Man hörte dir zu, beeindruckt auch von deiner Bildsprache und deinen träfen Analysen. Schade, dass es noch keine Audio oder Videoprotokolle gibt. Gerne hätte ich deine Voten nochmals angehört, zum Beispiel, als du die Finanzpolitik des Kantons beschriebst und Bezug nahmst auf die Bildsprache von Schwerzmann mit dem Podestplatz und dem Luzerner Dampfer. Diesen liessst du geradewegs mit wehenden Fahnen in den nächsten Felsen krachen.

Heidi und Nino, wir werden euch vermissen. Vielen Dank, dass wir von euren Ansaaten in den nächsten Jahren noch viel profitieren können. Wir bleiben dran.



*Monique Frey
Fraktionspräsidentin Grüne
Emmen*



von links nach rechts: Andreas Hofer, Sursee; Katharina Meile, Luzern; Michelle Bucher, Luzern; Heidi Rebsamen, Luzern; Christina Reusser, Ebikon; Michael Töngi, Kriens; Hans Stutz, Luzern; Nino Froelicher, Kriens; Monique Frey, Luzern

Kommunalwahlen 2016

Wir brauchen Dich!

Obwohl noch im Wahlkampf für die Nationalen Wahlen, beginnen auch schon die Vorbereitungen für die Wahlen im Frühling 2016 in den Gemeinden. Die Grünen sind mehr denn je auf möglichst viele Kandidierende angewiesen, welche für Grüne Anliegen eintreten.



In den Parlamentsgemeinden Stadt Luzern, Kriens, Horw und Emmen sind die Ortsgruppen schon bald wieder am Suchen von Kandidatinnen und Kandidaten. Wieder sind wir auf Hilfe von allen Mitgliedern und Sympathisierenden angewiesen. Meldet den Ortsgruppenverantwortlichen oder einfach dem Sekretariat (sekretariat@gruene-luzern.ch) Personen, die wir für eine Kandidatur anfragen können. Hast du Interesse oder Fragen, melde dich bei uns!

Gemeinderatswahlen

Auch in Gemeinden ohne Parlamente stehen Wahlen an. Möchtest du dich in deiner Gemeinde verstärkt für Grüne Themen einsetzen? Im kom-

menden Frühling ist die Möglichkeit auch in den Gemeindewahlen Grün denkende Köpfe in die Gemeinderäte zu bringen.

Kennst du jemanden, der in deiner oder einer anderen Gemeinde Grüne Positionen vertritt und sich für das Amt im Gemeinderat eignen würde? Kannst du es dir vorstellen allenfalls selbst für den Gemeinderat zu kandidieren?

Unbedingt mit uns Kontakt aufnehmen. Gerne loten wir mit dir Möglichkeiten einer Kandidatur aus und können in einem allfälligen Wahlkampf auch Unterstützung bieten.

Sekretariat Grüne Luzern: 041 360 79 66,
sekretariat@gruene-luzern.ch



Andreas Kappeler
Sekretär
Emmen

Warum weite Wege gehen?

Digital- und Offsetdruck an der Neustadtstrasse 26

g e g e n d r u c k _ G m b H
info@gegendruck.ch _t 041 360 82 70





Interesse an Politik? Aus direkter Hand erfahren, was im Bundes- und Kantonsparlament abläuft? Lust auf Mitarbeit im Parlament oder Inputs zu geben? Dazu bietet die Veranstaltungsreihe „Grüntee“ viermal im Jahr Gelegenheit.

Grüne Luzern: Postfach 7359 / 6000 Luzern 7 / sekretariat@gruene-luzern.ch / www.gruene-luzern.ch

stattkino

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

ab 7. Mai
**TIEMPO
NUBLADO**

von Arami
Ullön

ab 14. Mai
**PEPE MUJICA –
EL PRESIDENTE**

von Heidi
Specogna

ab 21. Mai
PARCOURS D'AMOUR
von Bettina Blümner

ab 19. Juni
**SONG FROM
THE FOREST**

von Michel
Obert

stattkino
im Bourbaki Panorama Luzern
Reservations: 041 410 30 60

ab 28. Mai
3 COEURS
von Benoit
Jacquot

ab 18. Juni
**CAPITAINE
THOMAS
SANKARA**
von Christophe
Cupelin

ab 2. Juli
**FIDELIO,
L'ODYSSÉE
D'ALICE**

von Lucie
Borleteau

ab 4. Juni
**GIOVANNI SEGANTINI –
MAGIE DES LICHTS**

von Christian
Labhart

ab 11. Juni
NABAT
von Elchin Musaoglu

23. Juli
STAR
von Anna
Melikian

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Monique Frey
monique.frey@gruene-luzern.ch

Horw

Caroline Wiezel
caroline.wiezel@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Marco Müller
marco.mueller@gruene-luzern.ch

Meggen

Ursa Sigrist
ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Irina Studhalter
irina.studhalter@gmx.ch

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern,
Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7,
Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch,
sekretariat@gruene-luzern.ch, PC 60-16103-5

Erscheint 4x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare;
Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungs-
abo: ein Jahr Fr. 60.-

Redaktion: Andreas Kappeler, Korrektorat: Marie-
Theres Kappeler, Fotos: Parlamentsdienste, 3003
Bern, Fabio Banz, Herbert Fischer, Monique Frey

Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng,
Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10,
thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch
Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadt-
strasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70,
Fax 041 362 22 37, info@gegendruck.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 14.6.2015

Vorlagen auf Bundesebene

| | |
|--|----|
| Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich | JA |
| Volksinitiative «Stipendieninitiative» | JA |
| Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» | JA |
| Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen | JA |

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Agenda

Mai 2015

| | | | |
|----|-----|-------|---|
| Di | 26. | 18.30 | GV Grüne Kanton Luzern , Teiggi, Schachenstrasse 15a, Kriens |
| Sa | 30. | 9.00 | Unterschriftensammeln Fairfood , Theaterplatz |

Juni 2015

| | | | |
|----|-----|-------|---|
| Mo | 1. | 19.15 | Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern |
| Di | 2. | 19.15 | Nominationsversammlung nationale Wahlen 2015 , Neubad |
| Mo | 8. | 19.00 | Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern |
| So | 14. | | Abstimmungssonntag |
| Sa | 20. | 10.30 | Grüntee , Contenti |
| Mo | 22. | 19.15 | Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern |
| Mo | 29. | 19.00 | Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne Luzern |

August 2015

| | | | |
|----|-----|-------|---|
| Sa | 22. | | Delegiertenversammlung Grüne Schweiz |
| Mo | 24. | 19.15 | Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne |

September 2015

| | | | |
|----|-----|-------|---|
| Di | 8. | 19.30 | AG Verkehrs , Sekretariat Grüne |
| Mo | 14. | 19.15 | Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne |
| Sa | 19. | | Fest Grüne , Zwischenbühne, Horw |
| Di | 22. | | Podium Ergänzungsleistungen für Familien |

Oktober 2015

| | | | |
|----|-----|-------|---|
| Mo | 12. | 19.15 | Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne |
| So | 18. | | National- und Ständeratswahlen |

Immer aktuell ist der Terminkalender der Grünen auf www.gruene-luzern.ch.



